

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.90 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Restliche 20 Pf. Beilagen unter 25 a je laufend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 155.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 7. Juli 1931.

13. Jahrgang.

Es ist nichts nützlicher, als Erinnerungen, wenn sie auch nur in kurzen Brüchen bestehen. Erinnerung lehrt nicht sowohl, sie ist auch eine gute Ermahnung.

Seneca.

Stahlhelm und Außenpolitik.

Wie sicher verlautet, hat die Reichsregierung die vielbesprochene polnische Beschwerde wegen der Reden auf dem 12. Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelms in Breslau als unzulässige Einmischung in die innere Politik zurückgewiesen. Diese Antwort ist, wenn auch selbstverständlich, so doch erfreulich, mußte man doch nach früheren Erfahrungen mit einer „Entschuldigung“ oder sonstigen Beschwichtigungsversuchen rechnen! Die Zurückweisung stellt übrigens das mindeste dar, was Deutschland auf den dreifachen polnischen Bevormundungsversuch erwidern mußte.

Inzwischen haben sich der französische Ministerpräsident Laval und der ehemalige deutsche Reichsfinanzminister Peter Reinhold ebenfalls über den Stahlhelm mißfällig geäußert, der erste in der französischen Kammer, der zweite in der „Vossischen Zeitung“. Beide warfen dem Stahlhelm seine außenpolitische Entschiedenheit vor, der Franzose sprach von gefährlicher Kriegsbegeisterung, der Deutsche von Schwächung der deutsch-französischen Verständigung. Beides ist natürlich völlig abwegig und bedarf der Zurückweisung. Der Stahlhelm will, wie er immer wieder betont hat, weder Krieg, noch lehnt er eine Verständigung ab. Voraussetzung für eine wirkliche Verständigung aber ist die Preisgabe der Kriegsschuldfrage, Verzicht auf Tribute und die Anerkennung sonstiger deutscher Lebensnotwendigkeiten und Ehrenforderungen. Wenn der Franzose das verkennt, so hat er für seine verkehrte Einstellung wenigstens mildernde Umstände. Die Haltung des ehemaligen deutschen Finanzministers ist aber, es sei denn, daß er zur Unzeit seine verfehlte Finanzpolitik verteidigen will, völlig unverständlich und durch und durch unstaatsmännisch; sie ist geradezu ein Musterbeispiel, wie es in dieser Zeit nicht gemacht werden darf.

Was will denn der Stahlhelm außenpolitisch? Er will nichts als die Befreiung des deutschen Volkes von untraglichen Lasten und entehrenden Fesseln. Er will also das Selbstverständliche. Im Privatleben sieht das jeder ein und verhält sich so, wie das der Stahlhelm von der Reichspolitik fordert. Der Einzelne läßt sich nicht ausplündern und treten. In der großen Politik hat man die entgegengesetzte Haltung uns als staatsmännische Weisheit anschauen wollen. In Wirklichkeit hat sie zu der Katastrophe geführt, vor der wir heute stehen. Je mehr das deutsche Volk das erkannte, um so mehr stieg das Ansehen des Stahlhelms. Auch die Franzosen haben seit den Frontsoldatentagen in Koblenz (1930) und Breslau den Stahlhelm als das Rückgrat des nationalen Widerstandes willens erkannt. Selbstverständlich spricht das nicht gegen, sondern für den Stahlhelm und seine Ziele.

Der Stahlhelm ist eine Figur auf dem politischen Schachbrett geworden. Ein deutscher Staatsmann sollte sie nicht verwerfen, sondern auszunutzen suchen. Ein Staatsmann kann nicht alles sagen, was richtig ist. Der Stahlhelm nennt die Dinge und Vorgänge beim rechten Namen. Ein zielbewußter, auf die Befreiung hinarbeitender deutscher Staatsmann könnte durch Hinweis auf die immer stärker werdende Freiheitsbewegung vom Ausland vieles durchsetzen, was er ohne sie nicht erreichen würde. So hat Bismarck den Nationalverein in den Dienst seiner Zwecke gestellt und dessen Führern die nötigen Winke gegeben. Die Stahlhelmführung hat sich 1926 in diesem Sinne Herrn Dr. Stresemann zur Verfügung gestellt. Der aber nahm das Angebot nicht an. Er hielt Frankreich für verständigungsbereit und fürchtete eine Störung der „Atmosphäre des Vertrauens“, wenn vom Stahlhelm die Dinge offen so bezeichnet würden, wie sie sind. — Der Erfolg hat ihm nicht Recht gegeben. Frankreich will eben Deutschland zugrunde richten, weil das die Voraussetzung seiner Herrschaft in Europa ist.

Der Stahlhelm aber ist noch immer bereit, sich jeder zielbewußten Außenpolitik zur Verfügung zu stellen, die die Befreiung Deutschlands mit ganzem Herzen erstrebt.

Der Schrei nach Arbeit!

Unsere Not.

Ein junger Arbeitsloser schreibt uns:

Ueber die Not der Arbeitslosen wird in unseren Tagen viel geredet und geschrieben. Und das mit Recht, handelt es sich doch hier nicht um eine Not, die nur eine ganz bestimmte Gruppe von Menschen angeht, sondern die sich, je länger, je mehr, als etwas furchtbar drohendes vor dem Volksganzen erhebt und selbst den mit banger Sorge in die Zukunft schauen läßt, der wohl kaum von ihr betroffen werden wird. (So wenigstens nicht direkt, wenn auch bis zu einem gewissen Grade alle darunter leiden.) Notzeiten — ein ernstes Wort. Ernst wiederum nicht nur für den, der unmittelbar von dieser Not betroffen ist, ernst auch für jenen, der Zeuge von den schweren und harten Auswirkungen dieser über ein Volk gelegten Geißel sein darf. Und doch, welche ein Unterschied in der verschiedenen Auffassung dieser Not! Wohl keiner empfindet das mehr als wir, die wir doch gewiß am schwersten von dieser Geißel der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Gewiß, wir sind dankbar für die Stimmen, wie sie sich immer mehr im Volke erheben, Stimmen, die sich warm einsetzen für unsere Not und die es wenigstens versuchen, soweit es nach menschlichem Ermessen überhaupt möglich ist, ein wenig Licht in unser Dunkel hineinzutragen. Doch so schön viele jener Worte klingen, so sehr sie sich bemühen, unsere Not als solche zu erkennen, um sie dann in berechneten Worten zu schildern, wir können doch ein eigenartiges Gefühl nicht loswerden. Spricht aus jenen Worten wirklich das, was ihr Meßeres kennzeichnet, die Liebe zu den Brüdern und der Wille zur Tat, ihnen nun auch wirklich Hilfe angedeihen zu lassen? Leider können wir nicht anders als diesem unserm Empfinden recht zu geben, das all diesen Worten nur ein Gefühl des „Enttäuschungs“ zollen kann; denn klingt nicht im tiefsten Grunde daraus nur ein wenig Mitleid und die Angst um ein Verlorengehen der eigenen Existenz? Vielleicht meint mancher, der es nicht selbst erfahren hat, dem widersprechen zu müssen. Und doch ist es so! Worum geht denn unser Kampf, welches ist unsere größte Not? Etwas der Kampf um das tägliche Brot, die Not des Leibes und Lebens? Ganz gewiß leiden, wenn auch nicht alle, so doch viele von uns bitter darunter. Doch schwerer als die äußere, leibliche Not drückt uns die innere, seelische Not. Und das noch in ganz besonderem Maße uns, die wir es wissen, daß nichts im Leben von ungefähr kommt, sondern daß hinter allem eine höhere Macht steht. Wenn somit unserm Volke die Arbeitslosigkeit von Gott als eine Strafe auferlegt worden ist, warum sind dann gerade wir dazu bestimmt, diese Strafe nun in ganz besonders hartem Maße zu erleiden in dem Bewußtsein, Dir, deutsches Volk, einen Dienst damit zu tun, für Dich und Deine Zukunft zu leiden, daß Du aus unserer Not lernen möchtest den Weg der Umkehr und Selbstbesinnung, dann wollten wir stolz sein auf diese unsere Not! Aber wie so anders stehtst Du da: Was uns als eine bittere Last auf dem Herzen liegt, das machst Du uns zu einer doppelten Not. Ist nicht unser Kampf schon so ein letzter, verzweifelter, in dem es um Sein oder Nichtsein geht, ist nicht die äußere Not in unseren Reihen bis ins Höchste gestiegen? Und darum doch noch einmal: Viel grausamer, viel schmerzlicher wühlt und peitscht die innere Not! Dir ist es ein harter Vorwurf, Deutsches Volk, und doch darf

er Dir nicht erspart bleiben: Warum achtest Du die Opfer Deiner Brüder nicht?

In diesem einen Vorwurf liegt eigentlich alles andere, unsere ganze Not beschlossen. Ich könnte mir denken, daß mancher das nicht anerkennen wird, und es mag auch hier gelten, keine Regel ohne Ausnahme. Andererseits aber muß auch dieses bestehen bleiben, denn wir alle, die wir es täglich erfahren, sind dessen Zeuge, daß unsere Opfer von vielen nicht nur unbeachtet bleiben, sondern daß man es selbst noch wagt, uns als die Bluttausgänger des Staates hinzustellen. Kann uns das nicht mutlos und verzagt und — verbittert machen? Wer von Euch, die Ihr heute noch in gesicherter Stellung steht, wagt es, uns ein gleiches Anrecht auf die allernotwendigsten Lebensnotdurften abzuspochen? Daß dieses geschieht, dafür gibt es Beispiele genug. Gewiß, so denken nicht alle, aber doch viele. Weshalb spricht man uns die Daseins- und Existenzberechtigung ab? Wären wir durch eigenes Verschulden in diese traurige Lage geraten, dann dürfte jener Vorwurf berechtigt sein. Doch darüber wagen wir ruhig zu sein. Ist es uns nicht Strafe genug, ganz besonders für uns, die junge Generation, zur Untätigkeit verdammt zu sein, ein Leben führen zu müssen ohne Inhalt, ohne Hoffnung? Und weißt Du auch, was das für Dich bedeutet, deutsches Volk, wenn Deine Jugend als Träger Deiner Zukunft ohne Hoffnung ist? Ein Volk ohne Hoffnung ist ein Volk ohne Zukunft! Willst du uns darum nicht das Letzte rauben, den Glauben an uns selbst, so lerne es endlich, uns zu verstehen und höre, was wir in unserer Not von Dir erbitten.

Nicht mehr und nicht weniger als ein Schrei nach Arbeit kann unsere einzige Bitte sein. Nicht nur, daß wir dann wieder gleichberechtigt mit den anderen dastehen, daß wir wieder essen das Brot unserer Hände Werk — das ist gewiß etwas Großes und Erhebendes — doch viel wichtiger ist das andere, daß dann unserm Leben wieder der Inhalt gegeben wird. Denn über alles geht doch das Wohl der Seele. Noch stehen wir als die Hoffenden, die auf das Morgenrot einer neuen Zeit harren. Wird unser Harren nicht vergeblich sein? Bei Dir allein liegt es, soll mitten in der Not der Zeit unser Glaube und damit der Wille zur Tat wachsen und immer stärker hervordringen, bis wir einst wieder frei einhergehen dürfen. Wir sind müde geworden im Kampf um unsere Existenz, müde aber auch im Ringen um das Verstehen, um die Seele unseres Volkes. Sind wir nicht alle Glieder eines Ganzen, Brüder unter Brüdern? Deutsches Volk, das ist die Bitte Deiner arbeitslosen Brüder an Dich in erster Stunde: Vergiß unsere Opfer nicht! Bedenke daran, daß wir für Dich mitleiden und willst Du uns wirklich helfen in unserer Not, so tuft Du uns damit den größten Dienst, wenn du es lernst, unsere Not zu würdigen und uns darin zu verstehen.

Es ließe sich gewiß noch manches sagen, was uns das Herz bewegt, Fragen, die brennend vor unserer Seele stehen. Doch soviel Menschentrost und Hilfe dem Herzen auch zu geben vermag, die letzte Lösung aller Fragen liegt doch in jener höheren Macht. Und darum wohl uns, die wir diese Macht kennen und es wissen, daß wir nicht von Menschen und Parteien abhängig sind. Unsere Hilfe steht allein bei dem Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat! E. St.

Hochschulen unter Kuratel.

Es ist, weiß Gott, unerfreulich, was sich in den letzten Wochen, ja, schon in den letzten Monaten auf dem Boden deutscher Hochschulen an inneren Auseinandersetzungen abgespielt hat. Gerade die Berliner Universität war in den letzten 8 Tagen ein Tummelplatz der kommunistischen Studentengruppe, die in ihrer Weise die Spartakiade, das rote „Sport“-Fest vorbereiten wollte. Noch viel schlimmer als diese Auseinandersetzungen aber ist doch die Tatsache, daß die Polizei sich in einzelnen Universitäten nachgerade sozusagen häuslich eingerichtet hat.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ hat den Beweis zu führen versucht, daß die akademische Freiheit im Sinne einer Autonomie gegenüber den Organen des Staates „seit Jahrhunderten“ verschwunden sei. Diese Auffassung kann juristisch lange diskutiert werden. Praktisch, vor allem moralisch und ethisch ist sie falsch. Wenn schon früher in einem in sich ausgewogenen Staatswesen das Re-

servat der akademischen Freiheit peinlich genau geachtet wurde, so sollte ein von inneren Kämpfen zerrissener Staat wie der heutige noch viel mehr Veranlassung zu einer derartigen Zurückhaltung haben, denn der Sinn der akademischen Freiheit liegt doch in dem Wunsche, die heranwachsende akademische Generation eine gewisse Zeit ausschließlich einer wissenschaftlichen Obrigkeit zu unterwerfen, sie einer Gemeinschaft zu überlassen, die, wenn auch nur ganz allgemein, so doch stark betont national empfindet. Dieses Nebeneinander von internationaler Wissenschaft und nationaler Grundeinstellung an den deutschen Hochschulen hat sich früher als eine sehr brauchbare Erziehungsbasis bewiesen.

Wenn heute international und klassenkämpferisch eingestellte Elemente in die Hochschulgemeinschaften eingebracht sind, so wäre dies an sich gewiß ein Anlaß zum Zugriff des Staates, der selbstverständlich nicht dulden kann, daß seine Erziehungsstätten die nationale Grundlage des Staates verneinen. Aber nun sind an den deut-

den Universitäten selbst noch Abwehrkräfte genug, um dieser tatsächlich unerträglichen antinationalen Bewegung Herr zu werden. So lange dies der Fall ist, sollte der Staat den Klärungsprozess an den Hochschulen sich selbst überlassen. Statt dessen wird, zum großen Teil sogar mit der ausgesprochenen Tendenz gegen die nationale Studentenschaft vom heutigen Staat Polizei in die Universitäten geschickt und Verbote verhängt. Erst in diesen Tagen ist — wie es heißt, auf direktes Eingreifen des Reichskanzlers — eine studentische Kundgebung zur 12. Wiederkehr des Tages von Versailles in Köln verboten worden. Als Kritik an diesem Verbot einer akademischen Veranstaltung durch eine akademische Stelle laut wurde, erschien, als der Weisheit letzter Schluss — das Ueberfallkommando.

Auf diesem Wege ist weder das durch die letzten Ereignisse stark geschädigte Ansehen der deutschen Universitäten wieder herzustellen noch ist mit solchen Mitteln die Studentenschaft für die heutige Staatsform zu gewinnen. In der deutschen Studentenschaft lebt ein starkes Gefühl für die Notwendigkeit des Staates, und zwar des deutschen Staates. Damit sollte man sich zufriedengeben und nicht immer die leidige Frage der Staatsform hervorgerren.

Der Zentralverband christl. Tabakarbeiter im Jahre 1930.

Die Entwicklung des Verbandes stand stark unter dem Einfluss der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage. Ist die Beschäftigung allgemein keine gute, dann hat hierunter die Tabakindustrie mit am meisten zu leiden, da zuerst an den Produktionsgütern gespart wird, die am entbehrlichsten erscheinen. Aber nicht nur die allgemeine schlechte Wirtschaftslage, sondern auch die fortgesetzten Beunruhigungen durch Steuer- und Zollerhöhungen haben die schlechte Geschäftslage in der Tabakindustrie verursacht. Von je 100 Mitgliedern des Verbandes waren im vergangenen Jahre durchschnittlich 18,1 völlig und 25,9 teilweise arbeitslos. Das unter diesen Umständen die Mitgliederentwicklung keine vorwärtsgelende war, braucht einen nicht zu wundern. Die Mitgliederzahl ging von 22 421 am Schluss 1929 auf 21 702 am Schluss 1930 zurück. Der Rückgang beträgt 719 oder 3,2 Prozent. Die Gesamteinnahme für die Hauptkasse betrug 385 876,64 Mark, wozu noch eine Einnahme für die Alters- und Invalidenkasse von 38 900,50 Mark kommt. Die Gesamtausgabe betrug 347 248,61 Mark. Dem Verbandsvermögen konnte ein Ueberschuss von 38 628,03 Mark und der Alters- und Invalidenkasse ein solcher von 38 900,50 Mark zugeführt werden. Letztere hat mit der Rentenzahlung erst am 1. Januar 1931 begonnen.

Der Verband hat auch im vergangenen Jahre wieder eine rege Tätigkeit entfaltet. Gegen die fortgesetzte Erhöhung der Tabaksteuer und des Tabakzollens hat er sich im Interesse seiner Mitglieder mit Erfolg gewehrt. Die zuerst in Aussicht genommene Erhöhung wurde wesentlich ermäßigt und für die durch die Erhöhung nachgewiesenen arbeitslosen werdenden Arbeiter wurde erreicht, daß für sie eine besondere Unterstützung festgelegt wurde. Den in Frage kommenden Behörden hat diese Unterstützung von Anfang an nicht gepaßt. Allerhand Schwierigkeiten wurden den durch das Tabaksteuergesetz arbeitslos gewordenen Arbeitern gemacht. Dieses Vorgehen hat schließlich dazu geführt, daß man den Tabakarbeitern durch die letzte Notverordnung die Unterstützung wieder nahm und den Unternehmern die für sie festgesetzte Entschädigung weiter beließ.

An insgesamt 22 Tarifverträgen ist der Verband beteiligt. Streiks und Aussperrungen fanden nicht statt. In der Zigarettenindustrie wurde die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 42½ Stunden herabgesetzt und statt der 6-tägigen die 5-tägige Arbeitswoche eingeführt. Ein teilweiser Lohnausgleich fand statt. Lohnerhöhungen von 3 und 2 Prozent für die Zigarrenarbeiter und eine solche von 3 Prozent für die Rauchtabak- und Schnupftabakarbeiter, die bereits im Jahre 1929 vereinbart worden

waren, traten in Kraft. Ein beabsichtigter Lohnabbau in der Zigarrenindustrie konnte verhindert werden. (Hier handelt es sich nicht um den Lohnabbau, der im April 1931 eingetreten ist.) Für die Zigarettenarbeiter konnten, außer dem bereits erwähnten Lohnausgleich, kleinere Verbesserungen erzielt werden.

Durch eine vom Verband im August vorigen Jahres durchgeführte Verdiensterhebung wurde festgestellt, daß 3 488 Arbeiter in der Zigarrenherstellung durchschnittlichen Stundenverdienst von 40,8 Pfennig erzielten. Das macht in 48 Stunden einen Verdienst von 19,58 Mark. Dabei muß aber bemerkt werden, daß von den 3 488 Arbeitern rund 97 Prozent in Akkord arbeiten. Auch handelt es sich bei den festgestellten Verdiensten nicht um Netto-, sondern Bruttoverdienste.

An 4371 Mitglieder wurde Rechtsschutz erteilt. Diese erforderten 5195 Anträge und 3420 Schriftsätze. Der durch den Rechtsschutz erzielte Barerfolg beträgt 213 573,87 Mark.

Die Jugendbewegung wurde weiter ausgebaut. Der Schulung der Betriebsräte wurde die größte Aufmerksamkeit geschenkt.

Der Verband kann sich mit der von ihm auch im vorigen Jahre wieder ausgeübten Tätigkeit ruhig sehen lassen. An alle Tabakarbeiter, die auf dem Boden des Christentums stehen und dem Verbands noch nicht angehören, ergeht der Ruf: Schließt Euch unverzüglich dem Zentralverband christlicher Tabakarbeiter an!

Aus den Parteien.

Tagung des Evangelischen Volksdienstes.

Am Sonntag den 28. Juni fand in Herford die Vertretertagung des Evangelischen Volksdienstes Westfalen-Ost statt. Diese war von allen Ortsgruppen stark besucht. Herr Otto Rippel, der zweite Fraktionsvorsitzende, sprach über die Aufgaben des Evangelischen Volksdienstes in der Gegenwart. Mit starker innerer Anteilnahme folgten die Anwesenden dem Vortrag. Die sehr lebhaftes Gespräch zeigte, daß der Evangelische Volksdienst gewillt ist, an den Fragen der inneren und äußeren Politik positiv mitzuarbeiten. Mit besonderer Befriedigung kann der Evangelische Volksdienst für sich in Anspruch nehmen, daß gerade er es gewesen ist, der sich tatkräftig für den Kampf gegen die Kriegsschuldlage und für die Revision des Tributplanes eingesetzt hat. Am Schluss der Tagung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die am 28. 6. 31. in Herford stattfindende Vertreterversammlung des Evangelischen Volksdienstes Westfalen-Ost ist empört über die unsoziale Ausgestaltung der Notverordnung vom 5. 6. 31.

Es ist für den Volksdienst völlig untragbar, daß die Hauptlast auf die augenblicklich in größter Not befindlichen wirtschaftlich Schwachen abgewälzt wird. Vornehmlich findet die Beschneidung der Bezüge der Kriegsschuldigen und Sozialrentner, sowie die Kürzung der Rinderzuschläge der Beamten und die ungerechte Verteilung der Krisensteuer kein Verständnis.

Ein großes Unrecht ist es, daß die Lohnsteuerrückvergütung nicht mehr erstattet wird, da dieses gerade die in Not befindlichen Arbeitslosen und Kurzarbeiter trifft.

Als besonderes Unrecht wird in Westfalen Ost empfunden, daß den Tabakarbeitern ihre ihnen feierlich versprochene Unterstützung genommen wird, während sie den Fabrikanten weiter gewährt wird.

Die Versammlung richtet an die Fraktion die dringende Bitte, für die Beseitigung dieses Unrechtes einzutreten, und daß den Tabakarbeitern ihre Unterstützung wieder gewährt wird.

Insondere wird erwartet, daß die hohen Gehälter und Pensionen viel stärker zur Lastenaufbringung herangezogen werden.

Im übrigen billigt die Versammlung die Haltung der Volksdienstfraktion und spricht ihr das volle Vertrauen aus.

Zur Generalversammlung des deutsch-evang. Frauenbundes.

Die 17. Generalversammlung des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes in München hat in drei öffentlichen Vorträgen Stellung genommen zu der Frage der Menschenbildung in deutsch-evangelischem Sinn und der Bedeutung von Ehe, Familie und Beruf für die Bildung der Menschen. Sie faßt das Ergebnis der Verhandlungen in nachstehender Entschließung zusammen:

Menschenbildung in evangelischem Sinn kann nur erwachsen aus bedingungsloser Anerkennung der göttlichen Ordnung, wie sie uns im Evangelium gegeben ist. Die gottgewollte Ehe ist nicht nur Selbstzweck, sondern zugleich Pflanzstätte neuen Lebens, das heilig gehalten werden muß und nicht leichtfertig vernichtet oder gefährdet werden darf.

Die Heranbildung des aufwachsenden Geschlechts ist Vorrecht und Pflicht der Familie. Sie zu unterstützen ist Aufgabe des Staates und der Gesamtheit des Volkes. Der Deutsch-Evangelische Frauenbund fordert, daß auch ein verarmtes Land ethische und wirtschaftliche Notstände unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung und Pflege der Familie bekämpft.

Der Deutsch-Evangelische Frauenbund sieht den Beruf an als die Antwort des Menschen auf einen Ruf Gottes. Die Erfassung und Durchführung der Berufsarbeit, ihre Gestaltung und Anpassung an wahres Frauentum ist für ihn eine Erfüllung göttlichen Willens.

In einer Zeit, in der weibliche Berufsarbeit aufs neue gefährdet ist, tritt er ein für Erhaltung und Förderung der Frauenberufsarbeit, für den Ausbau und Vertiefung beruflicher Ausbildung. Nach wie vor legt der Deutsch-Evangelische Frauenbund besonderen Wert auf eine auf christlicher Grundlage beruhende soziale Schulung.

Deutsch-Evangelische Frauen können in der geistigen Not der Gegenwart nicht schweigen zu der Propaganda der Gottlosen. So wurde auf der 17. Generalversammlung des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes in München als zweites Hauptthema der Kampf gegen das Freidenkertum behandelt und folgende Entschließung einstimmig angenommen:

In Erkenntnis der Größe der Gefahr, in der Glaube, Kultur und Sitten unseres Volkes durch den Ansturm des mit dem Bolschewismus verbundenen Freidenkertums stehen, fordert der Deutsch-Evangelische Frauenbund nachdrücklich den Schutz des Staates. Er ruft aber auch die Frauen und Mütter auf, die Heiligkeit des deutschen Volkes zu hüten und, durch die Kraft des Evangeliums ausgerüstet, einzutreten in den Kampf gegen widernatürliche, unser Volk bedrohende Mächte.

Polizei im „Braunen Haus“.

Zwecks Durchführung eines Uniformverbots der Polizeidirektion München.

— München, 6. Juli.

Amlich wird mitgeteilt: „Die Polizeidirektion München erteilt mit sofortiger Wirksamkeit eine ortspolizeiliche Vorschrift, wonach es verboten ist, auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen einheitliche Kleidung (Uniform, Bundesstracht) sowie Armbinden zu tragen, durch die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung oder zu einer Schutzeinrichtung einer solchen zum Ausdruck gebracht wird. Die Vorschrift tritt am 15. Juli 1931 außer Kraft.“

Drei Lastautos der grünen Landespolizei führen vor dem Braunen Haus vor. Ein Teil der Mannschaft begab sich ins Haus. Diese Aktion der Landespolizei gründet sich lediglich auf die Verordnung der Staatsregierung, die das Uniformverbot erweiterte, und hatte lediglich zum Ziel, diese Verordnung durchzuführen. Das mit der Durchführung beauftragte Kommando der Landespolizei befehligte das Braune Haus und stellte Posten im Umkreis auf. Sämtliche in Uniform betroffenen Angehörigen der SA. wurden mit dem Kraftwagen zur Polizeidirektion zwecks Feststellung ihrer Personalien gebracht. Sie wurden dann wieder entlassen. Die landespolizeiliche Maßnahme dürfte in kurzer Zeit wieder aufgehoben werden.“

und die Erziehung der Kinder usw. mit sich brachten, auch mit dem scheinbar guten Gehalt joeben durchkäme.

Wir gingen auseinander. Ein Mitglied, über seine Eindrücke befragt, erklärte nachher, „es hätte nicht schöner sein können.“

Das Schlichte, was diese stille Tagung zu sagen hat, ist gewiß schon manchmal gesagt worden. Es muß aber gerade in unseren Tagen so dringend wie möglich unterstrichen werden. Wir können die Parteipolitik nicht vernachlässigen, auch nicht übersehen wollen. Fraglos ist auch aus unserer Tagung der Sozialdemokrat als Sozialdemokrat wieder hinausgegangen, und der Nationalsozialist eben auch als solcher. Aber was bringt das Gift in unsere Parteigegensätze hinein? Doch dies, daß man als motorische Kraft für die Bewegung der Partei den Haß, die Verachtung des anderen nicht meint entbehren zu können. Und doch gibt es eine andere, viel gewaltigere motorische Kraft; das ist der Dienst, den wir dem Herrn, der uns gebietet hat, und unseren Brüdern schuldig sind. Haß zerstört, Dienst baut auf. Wir müssen mit allem Ernst unsere Parteigegensätze durchschneiden. Aber diese Kämpfe könnten wenigstens unter den Christen entgiftet werden, wenn sich jeder ehrlich innerhalb seiner Partei im Dienste Christi weiß. Wenn es nur einer oder zwei aus jeder Partei verstehen würden, die Hände herüberzureichen und die anderen — wenn nicht als Christen — so doch als Menschen anzusehen. Es würde davon eine unmeßbare Wirkung zum Aufbau der Volksgemeinschaft ausgehen. Dies letzte Ziel der Volksgemeinschaft aber muß uns als Christen und als Deutsche viel wichtiger sein als der Sieg einer einzelnen Partei. W.-m.

Eine stille Tagung, die etwas zu sagen hat.

Der „Aufwärts“ hat mit Recht Bedenken, Berichte über all die vielen Tagungen, die heute auf allerlei Gebieten stattfinden, zu geben. Das, was berichtet wird, kann eben immer nur einen Teil der Leserschaft interessieren. Eine Ausnahme darf vielleicht gemacht werden mit dem Bericht über eine Tagung, welche die erste ihrer Art war, und die ein Erlebnis zustande brachte, das gerade in unserer Zeit vielen etwas zu sagen hat.

An dem durch herrliches Wetter gesegneten dritten Pfingsttag trafen sich ehemalige Mitglieder des Betheler Kandidatenkongresses aus dem Freistaat Sachsen in Dresden. Sie gehörten verschiedenen Jahrgängen an und kannten sich zum großen Teil vorher nicht. Sie vertraten verschiedene kirchliche Richtungen. Aber das nicht nur. Auch die politischen Unterschiede hätten der Tagung gefährlich werden können. Ein Sozialdemokrat war zugegen, der schon vor Jahren aus brennender Liebe zur Arbeiterwelt sein Pfarramt niedergelegt hatte und nun eine führende Stellung in der Fürsorgeerziehung einnimmt. Andere hingegen zeigten eine starke Neigung zum Nationalsozialismus. Und dennoch fiel kein Wort, das verwundete. Der Sozialdemokrat dachte nicht daran, seinen besonderen Weg den anderen als den einzig richtigen anzupreisen. Er sprach nur schlicht aus: „Ich mußte diesen Weg gehen, und ging ich mit dem Segen meines Vaters, eines D. theol.“ Umgekehrt dachte auch kein anderer daran, von dem sozialdemokratischen Bruder abzurücken. Ohne daß Worte darüber geredet wurden, nahm die herzliche Verbundenheit im Laufe der Tagung so zu, daß wir uns zum Schluss ganz als eine Einheit fühlten. Dies drückte der Sozialdemokrat etwa

mit den Worten aus: „Nun habe ich doch einen kleinen Kreis gefunden, zu dem ich mich ganz rechnen kann.“

Und wie geschah das? Auf denkbar einfachste Weise! Als erster Gegenstand der Verhandlung war ein Bericht jedes einzelnen vorgelesen über das, was ihm der Dienst in Bethel gewesen sei. Immer wieder klang es auf: „Die Freude des Dienstes an den Elenden, die Gemeinschaft mit den Diakonen des Bruderhauses Nazareth, die Achtung vor der Würde der diakonischen Arbeit, die im Verborgenen geschieht, das Erlebnis der lebendigen Gemeinde, wie es in der Zionskirche, aber auch im Ravensberger Lande uns geschenkt wurde. Ihre Vertiefung fand dann diese Aussprache durch die gemeinsame Besprechung eines Bibelwortes, in welchem die Ewigkeitsgröße des Königs, den wir bekennen, vor Augen gemalt wird als des Königs, der seine ganze Herrlichkeit eben in dem sucht, daß er dient. Bei dieser Besprechung kam stark die innere Spannung zum Ausdruck, die jeder ehrliche Pfarrer, man könnte vielleicht auch sagen, jeder ehrliche Beamte, heute empfinden muß. Die Spannung, die darin besteht, daß wir, die wir doch Christo nachfolgen wollen, bezüglich Wohnung und Gehalt in so gut wie gesicherten Verhältnissen leben, während ein großer Teil des Volkes, dem wir zu dienen haben, unter Mangel leidet. Es wurde klar, daß sich diese Spannung, so wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, nicht so einfach lösen läßt, sondern getragen werden muß. Nach der praktischen Seite gab merkwürdigerweise gerade der Sozialdemokrat ein mächtiges, der Wirklichkeit entsprechendes Wort, in dem er erklärte, daß er die Wohnungs- und Gehaltsverhältnisse, die ihm seine jetzige Stellung böte, dankbar annähme und bei den kulturellen Aufgaben, welche sein Beruf selbst

Der

Rumpro
Entrichtung der un
an die Reichsbahn.

Der Schachle
während des Woch
die Nacht hinein i
verhandelt hatte, g
phonisch die Ueber
französische Regier
neue Verzögerung
gerufen. So herrsch
feitslages im Staat
rend sonst Tosenst
teffens am 11. Nov
hoover-Planes bek
weilte während de

Wie später ein
mittelte, ist in d
Einigung mit Fra
äußerte der Beam
die Regelung der
die Zeit für die
renden Darlehens
Sachlieferungen a
Tert der entspreche
tenne.

Im übrigen f
den ganzen Betrag
nen in Form eines
von der Bank für
zurückhalten solle
weil diese Bank R

Hinsichtlich de
Anleihen an
habe man sich da
Bank von New Yo
Frankreich zehn W
fügung stellen we
Was den G a r
einer neuen Aus
Grund deren J
Bank für Inter
müsse, als die 2
jable. Damit is

Bezüglich des
bahn hätten sich
12 Jahren fü
zwei Jahren nach
werden und darau
Leider bestehe hier
reich seine Zustimmung
der Vereinigten S
der Sachlieferung
diese Forderungen
Bereinigten Staat
Einigung in allen
der Hoover-Plan

Dann käme d
nanz-Sachverständ
leien geneigt, sich

Intern

Zusam

Wie die fran
in aller Kürze
werden. Am gen
rlien aus. Das
dieser Woche tag
land bei den Ve
ständige der Sch
führen würden, i
das Terrain dur
Politiker die leh
obwohl nicht M
diesmal seine Be
den können, den
direkte Auswirku
Als möglich
einigen Blättern

Schl

Zurückstellung d
über die andere

Das Staats
öffentlich joeben
gebene Denkschri
lautet:

Die amerik
die französische
fragen, die vo
waren, und an
effizient ist, mit i

1. Amerika
ein Jahr auf di
Deutschland ver
simuliert der un
Deutschland glei
zur Kenntnis, de
die Deutsche Re
nach dem Worl
gezahlt werden
zur Verteilung

Der durchlöcherter Hooverplan.

Kompromiß mit Frankreich

Entrichtung der ungeführten Annuität und Rückverleihung an die Reichsbahn. — Einschränkung der Garantiefonds-Verpflichtung.

— Washington, 6. Juli.

Der Schatzsekretär der Vereinigten Staaten Mellon, der während des Wochenendes je vier Stunden lang bis spät in die Nacht hinein in Paris mit dem französischen Kabinett verhandelt hatte, gab dem Unterstaatssekretär Castle telefonisch die Uebersetzung einer neuen Denkschrift an die französische Regierung bekannt. In Washington hat diese neue Verzögerung der Verhandlungen Nervosität hervorgerufen. So herrschte am Tage der Feier des Unabhängigkeitstages im Staatsdepartement nervöse Geschäftigkeit, während sonst Totenstille vorherrschte. Man hatte gehofft, spätestens am Nationalfeiertag der Welt die Inkraftsetzung des Hoover-Planes bekanntgeben zu können. Präsident Hoover wollte während des Wochenendes in Rapidan Camp.

Wie später ein hoher amerikanischer Beamter der Presse mitteilte, ist in den wesentlichen Punkten doch noch eine Einigung mit Frankreich erzielt worden. Ungewissheit, so äußerte der Beamte, bestehe in Washington nur noch über die Regelung der Frage der Sachlieferungen, da Frankreich die Zeit für die Rückzahlungen des Deutschland zu gewährenden Darlehens von einer Einigung in der Frage der Sachlieferungen abhängig mache und man den genauen Text der entsprechenden französischen Bedingungen noch nicht kenne.

Im übrigen sei man sich darin einig, daß Deutschland den ganzen Betrag des ungeführten Teiles der Reparationen in Form eines Darlehens an die Deutsche Reichsbahn von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sofort zurückerhalten solle. Dieser Umweg müßte gewählt werden, weil diese Bank Regierungen kein Geld leihen dürfe.

Hinsichtlich der

Anleihen an die kleinen Staaten in Mitteleuropa habe man sich dahin verständigt, daß die Federal Reserve Bank von New York, die Bank of England und die Bank von Frankreich zehn Millionen Dollar (42 Mill. RM.) zur Verfügung stellen werden.

Was den Garantiefonds betreffe, so sei man zu einer neuen Auslegung der Bestimmungen gelangt, auf Grund deren Frankreich nur insoweit Geld in die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich einzahlen müsse, als die Bank an die Youngplan-Gläubiger ausbezahle. Damit sei Frankreich nunmehr einverstanden.

Bezüglich des oben erwähnten Darlehens an die Reichsbahn hätten sich Frankreich und Amerika auf eine Frist von 12 Jahren für die Rückzahlung geeinigt. In den ersten zwei Jahren nach dem Feiertag solle nichts zurückgezahlt werden und darauf alljährlich ein Zehntel der Summe. Dieser bestimme hierin noch keine völlige Einigung, da Frankreich seine Zustimmung in dieser Frage von einem Eingehen der Vereinigten Staaten auf seine Forderungen in der Frage der Sachlieferungen abhängig mache. Amerika aber kenne diese Forderungen noch nicht genau. Das Bestreben der Vereinigten Staaten gehe dahin, sobald wie möglich die Einigung in allen Punkten bekanntgeben zu können, so daß der Hoover-Plan alsbald in Kraft treten würde.

Dann käme die Einberufung eines Ausschusses von Finanz-Sachverständigen in Frage. Die Vereinigten Staaten seien geneigt, sich an diesem Ausschuss zu beteiligen.

Internationale Konferenz.

Zusammentritt noch in dieser Woche?

— Paris, 6. Juli.

Wie die französische Presse dazu ergänzend mitteilt, soll in aller Kürze eine internationale Konferenz einberufen werden. Am genauesten drückt sich der offiziöse Petit Parisien aus. Das Blatt glaubt, daß diese Konferenz noch in dieser Woche tagen wird. Wahrscheinlich würde auch Deutschland bei den Verhandlungen vertreten sein. Ob Sachverständige der Schatzämter oder Minister die Verhandlungen führen würden, sei noch ungewiß. Vielleicht werde man erst das Terrain durch Sachleute säubern lassen, während die Politiker die letzte Entscheidung treffen würden. Amerika, obwohl nicht Mitunterzeichner des Young-Planes, werde diesmal seine Beteiligung an dieser Beratung nicht vermeiden können, denn der folgende Meinungsaustausch sei die direkte Auswirkung des Hoover'schen Vorschlages.

Als mögliche Orte der Zusammenkunft werden von einigen Blättern Paris, London und der Haag genannt.

Schluß-Note Hoovers.

Zurückstellung der Frage des Garantiefonds. — Einigung über die anderen Hauptpunkte. — Lösung der Restfragen durch Sachverständige.

— Washington, 6. Juli.

Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten veröffentlichte heute die letzte, von Mellon den Franzosen übergebene Denkschrift. Der wesentlichste Teil dieses Dokuments lautet:

„Die amerikanische Regierung erfährt mit Freude, daß die französische Regierung jetzt in allen prinzipiellen Hauptfragen, die von den beiden Regierungen zu besprechen waren, und an denen die amerikanische Regierung interessiert ist, mit ihr übereinstimmt.“

1. Amerika nimmt zur Kenntnis, daß Frankreich für ein Jahr auf die Einbehaltung legendärer Zahlung von Deutschland verzichtet wird und daß das Prinzip der Kontinuität der ungeführten Zahlung anerkannt wird, während Deutschland gleichzeitig gänzlich entlastet wird. Wir nehmen zur Kenntnis, daß die Zahlungen nach dem Young-Plan, die die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft an die B.I.Z. leisten muß, nach dem Vorschlag der französischen Regierung wie bisher gezahlt werden sollen. Derjenige Teil der Zahlungen, der zur Verteilung an die verschiedenen daran beteiligten Re-

gierungen bestimmt ist, wird der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wieder als Anleihe gegeben. Er wird für jede von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft geplante Verwendung verfügbar sein, auch zu direkten oder indirekten Anleihen an die deutsche Regierung.

Die so geplante neue Anleihe soll für Rechnung und auf Gefahr der Gläubigermächte gehen, die an den ungeführten Annuitäten teilnehmen. Es besteht Einvernehmen darüber, daß Deutschland durch geforderte Maßnahmen für die Aufbringung der Zinsbeträge sorgen wird, die zu Zahlungen für die deutsche Auslandsanleihe von 1924 etwa noch erforderlich sind.

2. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt zur Kenntnis, daß 25 Millionen Dollar von der ungeführten Annuität für Anleihezwecke an die mitteleuropäischen Staaten zur Verfügung gestellt werden sollen. Die amerikanische Regierung hielt eine Annahme dieses Vorschlages nicht für gerechtfertigt, nimmt aber zur Kenntnis, daß die französische Regierung einen Kredit seitens der Zentralbanken als angemessenen Ersatz für die französische Anregung ansieht. Die amerikanische Regierung weist jedoch darauf hin, daß ein Schritt der Zentralbanken nicht zum Gegenstand einer Vereinbarung zwischen den Regierungen gemacht werden kann.

3. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt zur Kenntnis, daß die französische Regierung jetzt bereit ist, sämtliche Rückzahlungen von dem Ende des Moratoriumsjahres an gerechnet auf zwei Jahre aufzuschieben. Danach sollen sie in einer Zeit von 10 Jahren in gleichen jährlichen oder halbjährlichen Beträgen erfolgen. Unter der Voraussetzung, daß gewisse andere Fragen in befriedigender Weise erledigt werden, ist die amerikanische Regierung mit dieser Tilgungsfrist einverstanden.

4. Was den Garantiefonds anbetrifft, nehmen wir zur Kenntnis, daß die französische Regierung jetzt andeutet, daß sie diese Frage, soweit die amerikanische Regierung in Betracht kommt, aus der Debatte lassen kann.

5. Was die Sachlieferungen anbelangt, hat die amerikanische Regierung ständig den Standpunkt vertreten, daß die Lösung des Problems, was aus den in der Zeit zwischen dem 1. Juli 1931 und dem 30. Juni 1932 fällig werdenden Lieferungsverträgen werden soll, späterer Erörterung durch Sachverständige überlassen bleiben soll, wobei Frankreich sich bereits damit einverstanden erklärt hat, daß es während der Jahre der Zahlungseinstellung auf nichts Anspruch erheben will. Natürlich soll die endgültige Lösung dem Sinne des Hoover-Vorschlages entsprechen.

Aus dem allen geht hervor, daß anscheinend in der Hauptfrage die beiden Regierungen im wesentlichen übereinstimmen; nämlich: dem Prinzip der Kontinuität der ungeführten Zahlungen; der Art, auf die man Deutschland vollkommen Entlastung gibt durch die Rückgabe als Anleihe der bei der B.I.Z. auf das Konto der ungeführten Zahlungen eingezahlten Summe; dem Prinzip der gänzlichen Einstellung aller Zahlungen für die Dauer eines Jahres und der Zeitpanne für die Tilgung der eingestellten Zahlung.

Die anderen Fragen scheinen einen derartigen Charakter nicht zu haben, um für die weitere Verwirklichung einer endgültigen Vereinbarung einen Grund zu geben.

Die amerikanische Regierung meint, daß man diese Fragen ruhig einem Sachverständigenkomitee der Finanz-

ministerien der hauptsächlich beteiligten Mächte überlassen kann, aber daß sie im Geiste des Hoover-Vorschlages erledigt werden müssen. Die amerikanische Regierung bietet eine positive Form der Beendigung der Verhandlungen an, und zwar so, daß die französische Regierung den Vorschlag des Präsidenten annimmt und alle technischen Fragen, in denen man sich bisher nicht verständigt hat, an ein Sachverständigenkomitee verweist, diesem aber die Anweisung gibt, daß es die Fragen im Sinne des Hoover-Vorschlages erledigt.

Die neue amerikanische Denkschrift an Frankreich.

— New York, 5. Juli. Wie das Staatsdepartement in

der am Sonnabend der Pariser Regierung überreichten Denkschrift feststellt, ist in allen Hauptfragen völlige Einigung erzielt worden. Verständigung sei nur noch über die Höhe der deutschen Sachlieferungen herbeizuführen. Die Washingtoner Regierung bleibt bei ihrem Vorschlag, dieses Problem einer Sachverständigenkonferenz der interessierten Mächte zu unterbreiten, fügt aber hinzu, daß die Lösung dieser Frage im Geiste des Hoover'schen Vorschlages erfolgen müsse. Als Nichtunterzeichner des Young-Planes lehnt die Washingtoner Regierung es ab, offiziell auf dieser Konferenz vertreten zu sein, sie ist aber bereit, einen Beobachter zu entsenden, der gleichzeitig den anderen Mächten als Berater dienen soll.

Soweit man erfährt, ist die Pariser Regierung damit einverstanden, daß die noch ausstehenden technischen Einzelfragen im Sinne der Washingtoner Anregung einem Sachverständigenausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden, so daß die offizielle Ankündigung über die Inkraftsetzung des Hoover-Planes für Montag zu erwarten ist.

Es ist zu beachten, daß die oben wiedergegebene Denkschrift der amerikanischen Regierung dem Pariser Ministerrat bereits am Sonnabend nachmittag vorgelegen hat und daß am Abend des gleichen Tages weitere amerikanisch-französische Besprechungen stattgefunden haben, über die Schatzsekretär Mellon dem Präsidenten Hoover dann im Laufe des Sonntags noch einmal eingehend berichtet hat. Erst die genaue Kenntnis dieses Berichtes wird ein klares Urteil über die Lage gestatten.

Eine Note Brünnings

an das amerikanische Staatsdepartement.

— New York, 5. Juli. Wie aus Washington gemeldet wird, ist am Sonntag dem Staatsdepartement eine von dem Berliner amerikanischen Botschafter Sackett übermittelte Note des Reichskanzlers Brüning vorgelegt worden, worin die Reichsregierung die Zusage gibt, daß die durch den Zahlungsausschub eingesparten Gelder nicht für Rüstungszwecke verwandt werden sollen.

Moskau lernt um.

Stalin für Heranziehung der Intelligenz.

— Moskau (über Kowno), 6. Juli. Die „Pravda“ vom 6. Juli veröffentlicht eine Rede Stalins auf der Leningrader Konferenz der Wirtschaftler. Er betonte, sein Aufruf vom Februar dieses Jahres, die Technik zu erlernen, sei ohne Wirkung geblieben. Wegen Mangels an technischen Arbeitern sei es nicht gelungen, den 5-Jahresplan in dem Sinne zu erfüllen, wie man es gehofft habe. Trotzdem seien die Regierung und die Partei, so erklärte Stalin, mit der Ausführung des 5-Jahresplans zufrieden. Er betonte die Notwendigkeit der Heranziehung der russischen Intelligenz besonders der Wissenschaftler, zur Ausführung des 5-Jahresplanes.

Wie die „Montagspost“ noch aus Moskau meldet, bedeutet die Rede Stalins auf der Konferenz der Wirtschaftler eine vollständige Abkehr von den radikalen kommunistischen Methoden und die Aufnahme regelrecht kapitalistischer Wirtschaftsmethoden. Stalin habe erklärt, man müsse fortan vieles verbrennen, was man bisher angebetet und vieles anbeten, was man bisher verbrannt habe. Unter den neuen Richtlinien stehe als wichtigste die volle Durchführung differenzierter Löhne für qualifizierte und nicht qualifizierte für leichte und schwere Arbeit. Stalin gebe zu, daß man zur Erhöhung der Leistungen von dem menschlichen Streben nach höheren Einnahmen Kenntnis nehmen müsse. Stalin habe dann die Behauptung aufgestellt, daß in Sowjetrußland noch gar kein Kommunismus herrsche, sondern eine Art Zwischenstadium. Es sei jetzt Zeit, daß man die Spezialisten, Ingenieure, Techniker und Gelehrte des Bürgertums und der alten Schule heranziehe. Stalin wandle sich dann gegen die ununterbrochene Arbeitswoche von 5 Tagen. Es sei zu erwägen, ob nicht eine Anzahl Fabriken vorläufig zur sechsstägigen Arbeitswoche übergehen sollten. Allen voran stehe die strikteste Forderung nach der Rentabilität, nach kaufmännischer Buchführung und Kalkulation in allen Betrieben. Vor allem müßten die Ueberorganisation und verlangte Bildung kleiner, leicht übersehbarer Wirtschaftsprüfungsgremien. Damit im Zusammenhang mache er auch dem bisherigen System der kollektiven Leitung der Betriebe und Trusts ein Ende und verlangte, daß überall nur ein Direktor mit einigen Stellvertretern kommandiere.

Papst gegen Faschismus.

Rundschreiben an die Kirchenfürsten. — Verteidigung der katholischen Aktion.

— Rom, 6. Juli.

Der Papst ließ den Patriarchen, Erzbischöfen und Bischöfen ein neues Rundschreiben zugehen, in dem — teilweise in sehr scharfer Form — das Vorgehen der italienischen Behörden gegen die katholische Aktion kritisiert wird. Die katholische Aktion sei nichts anderes als die Teilnahme und Mitarbeit der Laienwelt für das Apostolat und eine gänzlich unpolitische Verbindung, die keineswegs als eine Gefahr für den Staat angesehen werden könne. Außerdem seien die Polizeimaßnahmen gegen die katholische Aktion gewalttätig und ohne Ehrerbietung durchgeführt worden.

Zum Schluß kommt die Enzyklika zu folgenden Folgerungen:

„Wir stehen vor einem ganzen Gefüge unbestreitbarer Tatsachen und vor nicht minder unbestreitbaren Tatsachen, die keinen Zweifel an dem Vorfalle lassen. Die Jugend von der frühesten Kindheit bis zum reifen Alter völlig, ganz und ausschließlich für eine Partei, für eine Regierung in Anspruch zu nehmen, und das auf Grund einer Ideewelt, die sich in einer wahren und eigentlichen Vergötterung des Staates im heidnischen Sinne auflöst, die nicht minder mit dem natürlichen Recht der Familie und dem übernatürlichen Recht der Kirche in vollem Widerstreit steht. Die Kirche dagegen hat niemals die Rechte und Pflichten des Staates hinsichtlich der Erziehung der Staatsbürger bestritten und sich stets innerhalb der Grenzen ihres Auftrags gehalten.“

Hindenburg an Hoover.

Glückwünsche zur Feier des amerikanischen Unabhängigkeitstages.

Reichspräsident von Hindenburg sandte an den amerikanischen Präsidenten Hoover ein Glückwunschtelegramm zum Unabhängigkeitstag, das mit den Worten schließt: „Ich hoffe aufrichtig, daß sich die zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehenden freundschaftlichen Beziehungen immer mehr festigen werden und daß die von Ihnen eingeleitete hochherzige Aktion sich für die ganze Welt lehrreich auswirken möge.“

Reichsaußenminister Dr. Curtius sprach anlässlich eines Besuches beim amerikanischen Botschafter seine Glückwünsche aus.

Der Kampf um die Mark.

Kein Antrag auf Herabsetzung der Notendeckungsgrenze.

— Berlin, 5. Juli. Von der Reichsbank wird über die am Sonntagabend abgehaltene Generalratsitzung, an der die Mitglieder des Generalrates von Flemming, Louis Hagen, Urbig, Müller-Derlinghausen, teilnahmen und zu der vom Reichsbankdirektorium neben dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, Reichsbankvizepräsident Dreyse und Direktor Bocke zugegen waren, folgende Mitteilung ausgeben.

„Dem Generalrat der Reichsbank wurde vom Reichsbankpräsidenten über die gegenwärtige Lage, über die getroffenen und die in Aussicht genommenen Maßnahmen berichtet. Der Generalrat hat den Bericht des Reichsbankpräsidenten zustimmend entgegengenommen. Anträge auf Herabsetzung der Notendeckungsgrenze lagen nicht vor.“

Dazu erfahren wir noch, daß ein Antrag auf Verlängerung des 100-Millionen-Dollar-Rediskontkredits noch nicht gestellt worden ist. Auch der über die Golddiskontbank bei der International Acceptance Bank zur Verfügung stehende Bereitschaftskredit ist bisher noch nicht beansprucht worden. Diskontmaßnahmen oder die vielfach erörterte Herabsetzung der Notendeckungsgrenze erscheinen dem Reichsbankdirektorium in Erwartung günstiger Auswirkungen der Pariser Abmachungen vorerst nicht notwendig.

Englischer Flottenbesuch.

Das zweite britische Kreuzergeschwader in Kiel. — Feierlicher Empfang. — Kiel, 6. Juli.

Zum ersten Male seit dem Weltkriege statteten englische Kriegsschiffe wieder einem deutschen Hafen einen Besuch ab. Es handelt sich um das zweite britische Kreuzergeschwader, das nach einer längeren Kreuzfahrt in der Ostsee in Kiel eingelaufen ist. Beim Passieren des Friedrichsorter Leuchtturms feuerte die „Dorsetshire“, das Flaggschiff des englischen Geschwaders, Konteradmiral Aitken-Rushon, der in Kiellinie der Kreuzer „Norfolk“ folgte, 21 Schuß Landesartillerie, während zugleich am hinteren Mast die deutsche Flagge emporstieg. Die Salutbatterie Friedrichsorter erwiderte den Gruß und hißte ihrerseits die englische Flagge.

Mit halber Kraft liefen die Kreuzer nun in den Hafen ein, der von zahlreichen Booten bevölkert war, während sich an den Förde-Ufern viele Schaustafeln eingefunden hatten. Als die „Dorsetshire“ das erste an den Bojen inmitten des Hafens ankommende deutsche Kriegsschiff erreicht hatte, begrüßte sie die Flagge des deutschen Flottenchefs, Vizeadmiral Oldenop, mit einem Salut von 15 Schuß, der von dem Linien Schiff „Schleswig-Holstein“ mit 13 Schuß für den englischen Konteradmiral erwidert wurde. Gleichzeitig intonierte die Bordkapellen die beiderseitigen Nationalhymnen. Auf sämtlichen Kriegsschiffen hatten die Mannschaften Paradeausstellung genommen.

Das Festmachen an den Bojen, flankiert von je zwei deutschen Kriegsschiffen, ging nunmehr mit Unterstützung zweier deutscher Kutter glatt vonstatten. Kurze Zeit darauf begab sich der englische Generalkonsul Shepherd zur Begrüßung seiner Landsleute an Bord der „Dorsetshire“. Nachdem der englische Generalkonsul Shepherd die „Dorsetshire“ wieder verlassen hatte, wobei der übliche Diplomaten-Salut gefeuert wurde, begab sich der englische Geschwaderchef, Konteradmiral Aitken-Rushon, an Land, um den Besuch des englischen Generalkonsuls im Hotel Continental zu erwidern.

Im Anschluß hieran stattete der Admiral dem Chef der Marinestation der Ostsee, Vizeadmiral Hanfen, im Kommandogebäude einen kurzen Besuch ab, dem weitere Besuche beim Oberpräsidenten, beim Oberbürgermeister und zuletzt beim Flottenchef, Vizeadmiral Oldenop auf Linien-Schiff „Schleswig-Holstein“ folgten. Bei dem letzten Empfang nahmen auch der Befehlshaber der Aufklärungstreitkräfte, Konteradmiral Albrecht, und die Kommandanten der im Hafen liegenden deutschen Kriegsschiffe teil. Später erwiderten die deutschen Herren die Besuche an Bord des englischen Flaggschiffes.

Bekundung beiderseitiger Freundschaft.

— London, 6. Juli.

„Daily Herald“ schreibt in einem dem englischen Flottenbesuch in Kiel gewidmeten Leitartikel: Dieser Besuch ist wie Chequers eine Bekundung der deutsch-englischen Freundschaft. Laßt uns mehr solcher Kundgebungen, solcher Geste haben! Das Bedürfnis nach Frieden, das Bedürfnis nach Freundschaft nicht mit der einen oder der anderen Nation, sondern mit allen, der gefährliche Wahnsinn der Diplomatie der Allianzen und des Antagonismus werden allmählich verstanden.

Entlastung für Schulverbände.

Beschlüsse des preussischen Hauptausschusses.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags verhandelte über einen Antrag Müller-Mernhagen (Landvolk) und einen weiteren Antrag Ritzhöfel (Dnat.) auf Erhöhung der Ergänzungszuschüsse für leistungsschwache Schulverbände. Mit der Beratung verbunden wurde ein Antrag Dr. Heß (Ztr.) auf Herabsetzung der Stellenbeiträge zur Landes-Schul-Lasse. Annahme fand ein Antrag Szillat (Soz.), der das Staatsministerium ersucht, mit Wirkung vom 1. Juli das Belohnungsgeld auf 3,35 Mark monatlich für jedes Schulfeld und den Schulstellenbeitrag auf 314 Mark festzusetzen. Mit Annahme dieses Antrages erledigten sich die anderen Anträge. Die Neuregelung bedeutet eine Entlastung der Gemeinden, auch der Großstädte, um 7 Mark monatlich für die einzelne Lehrerstelle. Der Ausschuß trat sodann in eine Besprechung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein.

Unruhen auf Korea.

Sturm auf chinesische Geschäfte.

In den Ostküsten Süd und Tschimulpo auf Korea kam es als Folge mehrerer unbedeutender Zwischenfälle zwischen Chinesen, Japanern und Koreanern in der Mandchukrei zu ersten Ausschreitungen. Die unmittelbare Ursache für diese Unruhen ist in einem Zwischenfall zu suchen, der sich in der Korea benachbarten chinesischen Provinz Kirin abspielte. Hier haben nach japanischen Nachrichten chinesische Händler die von koreanischen Bauern errichteten Bewässerungsanlagen zerstört. Der Zusammenstoß, der sich daraus ergab, soll von chinesischen Soldaten durch Maschinengewehrfeuer beendet worden sein.

Dieses Vorgehen hat in ganz Korea eine große Erregung hervorgerufen. In der Nacht stürmten mehrere tausend Koreaner in Tschimulpo die Läden im Chinesenviertel. Die Chinesen versammelten sich vor dem Konsulat und versuchten mit Bambusstöcken die Koreaner abzuwehren; japanische Polizei war bemüht, die Ordnung wiederherzustellen.

Ähnliche Unruhen sind in Süd entstanden, wo gleichfalls chinesische Läden geplündert wurden. Die gegenwärtigen Zustände in beiden Orten machen eine Schätzung der bisherigen Opfer unmöglich.

Urteil im Leuna-Prozeß.

Ausschluß der Öffentlichkeit während der Urteilsbegründung.

— Leipzig, 6. Juli.

Der 6. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte das Urteil im Prozeß wegen der Wertpapierfälschung im Leunawerke. Die Verhandlung, die am 9. Juni eröffnet worden war, ist unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt worden. Ebenso wurde die Öffentlichkeit während der Verlesung der Urteilsbegründung ausgeschlossen.

Das Urteil lautete, gegen den Oekonomieverwalter Felix Mann sowie den Händler Wilhelm Becker wegen einer ganzen Reihe von Delikten verschiedener Art auf je acht Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust; gegen den Kaufmann Leonhard Stang auf sechs Jahre Zuchthaus und gleichfalls zehn Jahre Ehrverlust; gegen den Reichsmehrerbeizenden Albert Sarter auf drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust; gegen den Bauingenieur Kurt Kühling auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis; gegen den Reichsmehrerbeizenden Paul Bollrath auf zwei Jahre Gefängnis; gegen die Ehefrau Sophie Becker auf ein Jahr neun Monate Gefängnis; gegen den Bäckergehilfen Georg Hand sowie den Fleischer Franz Altmann auf je neun Jahre Gefängnis.

Unwetter im Saartal. — 2 Todesopfer.

Schwere Verkehrsschäden in der Schweiz.

— Saarbrücken, 6. Juli.

Ein schweres Gewitter, das verbunden mit einem heftigen Sturm über das Saartal zog, hat zwei Todesopfer gefordert. Ein Landwirt, der sich zu Beginn des Gewitters in seine Wohnung begeben wollte, wurde vom Blitz getötet, desgleichen ein Hüttenarbeiter, der innerhalb der Stadt vor seinem Hause stand. Ein neben ihm stehender Mann blieb unverletzt.

Ebenso werden aus der Schweiz schwere Unwetter gemeldet. Ueber Zell am See ging ein Hochgewitter mit Hagelschlag nieder, das in den Kulturen und Gärten ziemlich beträchtlichen Schaden anrichtete. In Mitterberg-Hitten bei Bischofshausen wurde die Gasteiner Bundesstraße in einer Länge von 1/4 Kilom. durch einen Wollenbruch vermoort. Der Verkehr wird notdürftig aufrechterhalten. Zur gleichen Zeit ging über das Gemeindegebiet von Sinnhub in Pongau ein wolkenbruchartiger Regen nieder, der die Rätner Bundesstraße an drei Stellen beschädigte. Der Verkehr wird notdürftig aufrechterhalten. Felder und Wiesen wurden teilweise vermoort.

Explosion beim Benzintransport.

Der Chauffeur nach einer Bravourleistung schwer verletzt. — Zwei Arbeiter getötet.

— Budweis, 6. Juli.

In der Gemeinde Einetischlag bei Kaplitz in Südböhmen wurden vor dem Gebäude einer Verkaufsgenossenschaft von einem Lastauto Benzin fässer abgeladen. Einem der Fässer, das offenbar schadhaft war, entströmte Benzin und die sich entwickelnden Gase drangen auch bis zum Ofen einer in dem gleichen Hause befindlichen Bäckerei. Es erfolgte eine heftige Explosion. Obwohl die Kleidung des Chauffeurs in Brand geraten war, verlor dieser keineswegs die Geistesgegenwart, sondern sprang auf das vor dem Hause haltende Lastauto und steuerte es etwa 30 Meter weiter, wodurch verhindert wurde, daß die noch auf dem Lastauto befindlichen weiteren Benzin fässer zur Explosion kamen. Der Chauffeur erlitt so schwere Brandwunden, daß er jetzt mit dem Tode ringt. Zwei Arbeiter, die durch die Explosion ebenfalls schwere Brandwunden erlitten hatten, sind bereits gestorben.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

„Das Reisehandbuch für die christliche Familie“. Ein Wegweiser durch Hospize, Erholungshäuser, Pensionen, Hotels usw.

Ernst Röttgers Verlag, Berlin, SW 61, Johannerstraße 4-5. Preis 2,50 Mark.

Wer Ferien machen kann, sich erholen oder reisen will, steht immer vor der Frage: Wo und wie kann ich das am vorteilhaftesten und zweckmäßigsten zum Ziel kommen. Das vorliegende Buchlein will und kann das ein guter Wegweiser sein. Seine Anschaffung wird sich dadurch lohnen, daß man eine Uebersicht hat über fast sämtliche Häuser Deutschlands, die Wert darauf legen, als christliche oder als evangelische Häuser bezeichnet zu werden. Da in den meisten Fällen die Preise angegeben sind, lassen sich leicht Vergleiche anstellen, wenn auch die angegebenen Preise sich den Konjunkturverhältnissen angleichen müssen.

Quittung.

Für Heimathaus und Heimathilfe gingen weiterhin ein:

Für Heimathaus: P. B. in B. 5,—; B. in G. bei St. 1,—; M. G. in R. 1,—; S. Sch. in St. 2,50; P. R. in G. 2,—; E. und W. in B. 5,—;

Für Heimathilfe: P. R. in D. 2,—; Dr. G. W. Sch. in R. 20,—; P. J. in S. 10,—; v. d. S. in R. Ostafrika 100 belg. Fr.; Familie F. B. in S. 5,—; E. D. in R. 5,—; B. in F. 3,—; J. P. in S. 5,—;

Allen lieben Heimathelfern danken aufs beste

Bethel und Dünne, den 2. Juli 1931.

F. und G. v. Bodelschwinge.

Postcheckkonto G. v. B. Hannover Nr. 48273.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschaft- und Weltpolitik: Dr. S. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Wo findet treuer, ehrl., christl.

Verkäufer

Lebensmittelbranche, 32 J. alt, Stellung? Gute Zeugnisse. Charlottenburg 1. Postkassette 76.

Bad Nauheim:

Freundl. Zimmer, unweit der Bäder und Salinen. Volle Pension von 5.— Mark an. H. Spieckermann, Karlstr. 51 p.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten. Ich werde die Zeitung abholen*).

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld. Nichtzutreffendes streichen.

Für unseren ländl. Haushalt (3 Mädchen v. 2, 5 und 8 Jahren) suchen wir eine lebensfrohe

Haustochter

die noch Liebe und Lust zur Arbeit hat. Angebote wenn möglich mit Bild an Lehrer Aug. Wehl, Haus Sonnengold, Dörrebach (Kr. Kreuznach).

Gieselerländer Pfarrhaus gewährt wöhlz. 9—11jähr. Jungen freien Ferienaufenthalt im August. Spielgef. vorh.; bietet

Haustochter

Gelegenheit zu gründl. Erlernung des Haushalts. Hilfe vorhanden. Meldungen an die Geschäftsstelle d. Bl. unter A 1701.

Commerzielle Herrenhut i. Sa.

Anfragen an Paul Weiler, Herrenhut

Es finden einige

Ruhe- und

Erholungsbedürftige

liebevolle, gute Aufnahme und Verpflegung. Einf., saub., sonniges Haus. Beste frische und tiefgekühlte Milch jederzeit. Auf Wunsch Diät. Neuester preiswert. Landw. Schröder, Wöhren, Post Blomberg (Bippe).

Tee

feinste ostfriesische Mischungen in 3 verschiedenen Preislagen.

Nr. 2 Postpaket 9 Pfd. 34,00 RM
" " " 5 " 19,50 " " " Päckchen 3 " 12,00 "

Nr. 1 Postpaket 9 " 38,00 RM
" " " 5 " 21,50 " " " Päckchen 3 " 13,00 "

Nr. 1a feinste Blütenmischung Postpaket 9 Pfd. 42,00 RM
" " " 5 " 24,00 " " " Päckchen 3 " 15,00 "

alles franko jed. deutsch. Poststation

D. Kappernagel

Stapelmoor b. Weener (Ostfriesland)

Krüppelanstalten Bethesda

Angerburg Ostpr.

Bisherige II. Pfarrstelle an Bethesda soll baldmöglichst mit unverheir. arbeitsfreudig pos.

Hilfsprediger

ev. auch miss. vorgeb. oder Emeritus vorl. befehligt werden. Selbstständige Stellung. Hilfsprediger Gehalt u. fr. Station. Bewerberg. mit Zeugn. Ref. Beibl. erbeten an den Anstaltsleiter

Lic. Erich Braun, Pfarrer.

ZIONS-KIRCHE BETHEL

Musikalische

Feierstunde

Donnerstag, den 9. Juli, 20 Uhr

Ausführende:

Fräulein Ingeborg Nolting, Norden (Alt)

Organist J. P. Seiler (Orgel)

Zum Vortrag kommen:

Soli von Händel, Bach, Hugo Wolf u. alte geistliche Lieder, Orgelwerke von Bach und Reger

Eintrittspreis 30 Pfg.

Kollekte für die Orgel in Eckardtshelm.

Anzeigen aus Bethel.

— Trockenes, gutes Anmach-Abfallholz. Zentner 1,— R.M. Wandererheim.

— Christlicher Verein junger Männer.

Jeden Montag 8 1/4 Uhr Männerchor in „Ephrata“.

Nr. 156.

Es ist im die Lebenskrise besonders in bringen.

ist Erfüllung

Bon

Es kann die Bankrott laftung der tünern des Indessen kan ein mindeste dieses Volkhe Sünden, die pitalistischen wurden.

Durch di Auslandskrei in der Baum den Mark (n kommt), dur Industrie- od dem Ziffernu (in diesem A demokratisch durch die eb Erfüllung d schäftspolitik Parker Gilt

Durch die deutschen Na riesengroß d beit sich erl Younglaften gen die gefe einen riesig den Schweiz Die Youngla außen verdr Schuldaufna fogar verdr

Es muß möglich, dief chen, privat entstanden i exempel, au haltsempfän gelingen; bräche dem und Arbeit spräche eine gewordenen

Darum i des durch ei Unmöglichkeit Preisenkun Die Lohnfe der Masse d Kaufmannse mord des k Scheinkapit

In mein keit“ (Verle das an Han darzustellen d. h. der f Schulden in Teil vom B Kapital und immer klei Preise sinkt beit, sinken erreicht, wa Wirtschaft

Was dar dern eine gemeines Der Zuf in den plö verwandeln vorstellen n des ganzen Lohn- und